

Paderborn, Mittwoch, 14. Juni 2017

11. Sitzung des 45. Studierendenparlaments

Gremium: Studierendenparlament

- Datum: 31.05.2017
- Uhrzeit: 14:15
- Ort: B3. 231
- Protokollantin: Katharina Czarnetzki

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Protokolle
2. Berichte
 1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Satzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Bericht der Wahlleitung
 9. Sonstige Berichte
3. Antragstop: Nachtragshaushaltsplan 2017.2
4. Antragstop: Anerkennung der Initiative „Indische Studenten Gesellschaft Paderborn“
5. Antragstop: Aufwandsentschädigungen Fachschaftswahlleitungen
6. Antragstop: Wahl des Schlichtungsausschusses
7. Diskussionstop: Studentenausweise
8. Diskussionstop: Empfehlungen zur Hochschulwahl
9. Antragstop: Änderung der Satzung und FSRO (Ältestenrat)
10. Verschiedenes

1 ERÖFFNUNG, BEGRÜßUNG UND REGULARIEN

Die 11. Sitzung des 45. Studierendenparlaments wird am 31.05.2017 um 14:16 Uhr durch Carsten Müller eröffnet. Weiterhin sind Dennis Bienkowski und Roman Patzer-Meyer für das Präsidium anwesend. Carsten Müller stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass 21 Parlamentarier anwesend sind. Zudem seien Mareike Meyerink, Natalie Reynolds und David Westermann entschuldigt. Christina Everding lasse sich durch Daniela Strotmann vertreten. Des Weiteren würden Gerrit Mauritz und Florian Kothe sich verspäten.

- Carsten Müller berichtet, dass zwei eingereichte Anträge von Stephan Lehradt erst in der nächsten Sitzung behandelt werden könnten, da sie die Geschäftsordnung betreffen würden. Er fragt, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gebe.
- Hendrik Risse schlägt vor, den Diskussionstop zu den Studentenausweisen vorzuziehen, da Gäste anwesend seien, die die Sitzung frühzeitig verlassen müssten.
- Benjamin Riepegerste schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu den Aufwandsentschädigungen für die Fachschaftswahlleitungen aus dem gleichen Grund vorzuziehen.

Es wird über die vorläufige Tagesordnung abgestimmt:

Ja: 22

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die vorläufige Tagesordnung wird angenommen.

Genehmigte Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Protokolle

2. Berichte

1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Satzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Bericht der Wahlleitung
 9. Sonstige Berichte
3. Diskussionstop: Studentenausweise
 4. Antragstop: Aufwandsentschädigungen Fachschaftswahlleitungen
 5. Antragstop: Nachtragshaushaltsplan 2017.2
 6. Antragstop: Anerkennung der Initiative „Indische Studenten Gesellschaft Paderborn“
 7. Antragstop: Wahl des Schlichtungsausschusses
 8. Diskussionstop: Empfehlungen zur Hochschulwahl
 9. Antragstop: Änderung der Satzung und FSRO (Ältestenrat)
 10. Verschiedenes

1.1 Protokolle

Keine Protokolle.

2 BERICHTE

2.1 Bericht des Präsidiums

- Carsten Müller berichtet, dass am vergangenen Tag die Fachschaftsrätekonferenz stattgefunden habe. Des Weiteren seien der Wahlaufsichtsausschuss und der Satzungsausschuss konstituiert worden. Außerdem hätte das Präsidium sich in Bezug auf Stephan Lehradts eingereichte Anträge die Geschäftsordnung betreffend beim Justizariat und Datenschutzbeauftragten erkundigt. Auch um die Organisation des Wahl-O-Maten habe

sich das Präsidium gekümmert und wolle dazu nun ein Meinungsbild der Studierenden einholen, ob dieser erneut gewünscht sei.

Die Mehrheit des Studierendenparlaments spricht sich für die erneute Einführung des Wahl-O-Maten aus.

2.2 Bericht der stud. Senatoren

Kein Bericht.

2.3 Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB

- Kira Lietmann berichtet, dass der Verwaltungsrat nicht getagt habe.

2.4 Bericht des Haushaltsausschusses

- Carsten Müller berichtet, dass der Haushaltsausschuss sich über den Nachtragshaushaltsplan beraten habe. Es sei ein Fehler im Nachtragshaushalt gewesen, der dem Haushaltsausschuss jedoch auch nicht aufgefallen sei. Dieser sei jedoch kein großes Problem gewesen und nun behoben, weshalb der Haushaltsausschuss sich für die Annahme des Nachtragshaushaltsplans ausspreche.

2.5 Bericht des Satzungsausschusses

- Lars Glindkamp berichtet, dass der Satzungsausschuss konstituiert worden sei und dass viele Angelegenheiten besprochen worden seien, die bereits seit Längerem auf der Agenda des Satzungsausschusses gestanden hätten. Er sei zudem erneut zum Vorsitzenden gewählt worden.

2.6 Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen

- Hendrik Risse berichtet, dass die letzte Sitzung ertragreich war und verweist auf den weiteren Verlauf der Sitzung in dem der Ausschuss für Hochschulwahlen noch einige Punkte mit den Parlamentariern diskutieren möchte.

2.7

- Janina Beckmeier berichtet, dass der AStA sich viel mit dem ASTA-Festival und der Eröffnung des Stadtcampus beschäftigt habe. Die Presse habe sehr positiv über den Stadtcampus berichtet und es seien bereits mehrere Mietanfragen eingegangen. Gestern habe es zudem eine Veranstaltung zu Flüchtlingen in Abschiebehaft gegeben.
- Serdal Igrék berichtet, dass die Veranstaltung zu den Flüchtlingen auf gute Resonanz gestoßen sei. Es hätten 40 bis 50 Personen teilgenommen. Der Referent habe im Vorfeld Auseinandersetzungen mit dem AStA gehabt, was ihm jedoch nicht bekannt gewesen sei. Sein Kooperationspartner habe einen Referenten organisiert und ihm den Namen genannt. Es sei nicht seine Intention gewesen, Personen an die Universität zu holen, die dort nicht erwünscht seien. Der Abend sei dennoch gut verlaufen und er habe sich beim AStA dafür entschuldigt.
- Janina Beckmann kommentiert, dass der Referent Frank Gockel kein Geld vom AStA für seinen Vortrag erhalten habe. Es sei darüber nachgedacht worden, den Vortrag abzusagen, aber sie hätten sich dafür entschieden, Größe zu zeigen und den Studierenden die Veranstaltung nicht zu nehmen.
- Hendrik Risse fragt, seit wann der AStA gewusst habe, dass es sich bei besagtem Referenten um Frank Gockel handele.
- Serdal Igrék antwortet, dass er das wenige Tage vor dem Vortrag erfahren habe. Der Kooperationspartner sei sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht sicher gewesen, welcher Referent zur Verfügung gestellt werden solle.
- Stephan Lehradt fragt, welche Auseinandersetzungen es in der Vergangenheit gegeben habe.
- Janina Beckmeier antwortet, dass Frank Gockel bei der Bundes- und Landtagsdebatte Probleme gemacht habe.
- Benjamin Riepegerste fragt, ob es nun Vorkehrungen gebe, um derartige Situationen zukünftig zu vermeiden. Dies könne den AStA schließlich angreifbar machen.

- Serdal Igrek antwortet, dass er den AStA früher über den Referenten hätte informieren können. Es habe jedoch so viel Arbeit angestanden, dass er nicht wollte, dass die anderen Mitglieder des AStA sich um seine Arbeit kümmern müssten. Er gebe sich jedoch Mühe, das zukünftig besser zu organisieren. Er sei sich über das Problem nicht im Klaren gewesen.
- Janina Beckmeier kommentiert, dass Serdal Igrek zu dieser Zeit noch nicht als Referent für politische Aufklärung im Amt gewesen sei. Außerdem habe er sich bei der Veranstaltung gestern sehr gut präsentiert.
- Stephan Lehradt fragt, ob in den Stadtcampus noch ein Wickeltisch eingebaut werde und ob dieser blindenfreundlich gestaltet werde.
- Janina Beckmeier bestätigt, dass ein Wickeltisch in die Behindertentoilette eingebaut werde. Des Weiteren antwortet sie, dass der Campus bereits blindenfreundlich gestaltet sei.
- Gerrit Mauritz kommentiert, dass der AStA durch seine Veranstaltungen ein pluralistisches Bild vermitteln solle. Der besagte Referent vertrete jedoch eine antifaschistische Position.
- Serdal Igrek antwortet, dass er sich darum bemühe, die Veranstaltungen pluralistisch zu gestalten. Auch die gestrige Veranstaltung sei nicht parteipolitisch gewesen. Aber er räume ein, dass er in Zukunft darauf achten müsse, derartige Probleme zu vermeiden.
- Benjamin Riepegerste fragt, ab wann auf dem Stadtcampus Internet verfügbar sei.
- Janina Beckmeier antwortet, dass das Internet ab dem 19.06.2017 zur Verfügung stehe.
- Gerrit Mauritz merkt an, dass er mit antifaschistischen Inhalten nicht gemeint habe, dass die Veranstaltung parteipolitisch gewesen sei. Es gehe ihm lediglich um die vermittelten Inhalte. Er erhoffe sich zukünftig eine bessere Kommunikation innerhalb des AStA, um derartige Probleme zu vermeiden.
- Aylin Yasar stimmt Gerrit Mauritz zu und regt an, im Vorhinein über Referenten zu recherchieren.

2.8 Bericht der Wahlleitung

- Anna Zarebski berichtet, dass die Wahlbekanntmachung verschickt worden sei. Sie könne sich nur für den Fehler entschuldigen, der passiert sei. Das Motto der Wahl werde #justvote sein. Die Kommunikation zwischen dem Dezernat, der Wahlleitung und dem Studierendenwerk funktioniere sehr gut. Die Wahlleitung wolle eine Standwoche organisieren. Bisher sei kein Ort veröffentlicht worden, wo diese stattfinden solle, da die Wiese vor dem G-Gebäude favorisiert werde. Diese zu bekommen sei jedoch nicht einfach. Es solle einen Bierwagen geben und das eingenommene Geld solle für Pizza und Getränke bei der Auszählung der Stimmen ausgegeben werden. Außerdem werde es vor der Wahl nicht die Möglichkeit geben, Stellwände im G-Gebäude auszustellen, da die Universität dort einige eigene Veranstaltungen habe. Stattdessen könne im Bibofoyer geworben werden. Dazu werde ausgelost, welche Liste welche Fläche bekomme. Sie bitte die Listen ausdrücklich darum, keine weiteren Flächen zu bekleben, um die gute Kommunikation mit dem entsprechenden Dezernat nicht zu riskieren. Auch bei der Standwoche werde es keine Stellwände draußen geben. Die Studierenden sollen zudem zur Wahl Dessertgutscheine erhalten. Es würden 1500 Gutscheine zur Verfügung stehen und zudem würden noch Kugelschreiber bestellt werden, die an die Studierenden verschenkt werden könnten. Am 20.06.2017 würden des Weiteren die Stimmzettelfarben entschieden werden.
- Stephan Lehradt kritisiert, dass die Universität die Wahlwerbung behindere. Er halte das für antidemokratisch.
- Anna Zarebski berichtet, dass im vergangenen Jahr lediglich 3 Listen die Flächen bereits mehrere Wochen vor der Wahl genutzt hätten. Die übrigen Listen hätten erst circa eine Woche vor der Wahl begonnen, Wahlwerbung zu betreiben. Aufgrund dessen könne sie nachvollziehen, warum die Universität dies nicht wolle.
- Aylin Yasar fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, dagegen vorzugehen. Sie finde es widersprüchlich, dass die Parlamentarier mehr Aktive anwerben sollen, aber Stellwände gestrichen werden würden.
- Anna Zarebski antwortet, dass sie erneut nachfragen werde, aber nicht glaube, dass die Universität die Erlaubnis erteile.

- Janina Beckmeier kommentiert, dass der AStA den Listen entgegenkommen könne, indem Stellflächen im Stadtcampus zur Verfügung gestellt werden. Dort könne jede Liste ein Plakat aufhängen.
- Benjamin Riepegerste fragt, seit wann die Listen an den gelben Tafeln auf den Fluren werben dürften.
- Anna Zarebskis antwortet, dass nur an den gelben Tafeln an den Eingängen zu den einzelnen Fluren geworben werden dürfe. Die Tafelwände vor Hörsälen seien jedoch nicht genehmigt.
- Benjamin Riepegerste kommentiert, dass auch er es grenzwertig finde, dass über die Wahlbeteiligung gemeckert werde, aber im Gegenzug Stellwände gestrichen werden würden. Er fragt, ob es eine Alternative gebe, sichtbare Wahlwerbung zu betreiben.
- Anna Zarebski berichtet, dass sie sich bereits erkundigt habe, ob im Mensafoyer Wahlwerbung betrieben werden dürfe. Das Studierendenwerk habe sich jedoch dagegen ausgesprochen. Im Glasgang sei Wahlwerbung aus Feuerschutzgründen nicht möglich. Sie werde sich erneut erkundigen.
- Gerrit Mauritz sagt, dass er die Regelung mit den gelben Tafeln verwirrend finde. Er wolle wissen, ob gelbe Tafeln im Erdgeschoss existieren würden, an denen Wahlwerbung betrieben werden dürfe.
- Manuel Leyva fragt, ob die Wahlleitung Informationen habe, welche Stellwände in der Fürstenallee genutzt werden dürften.
- Nikolai Rodehutsors fragt, ob die Parlamentarier glauben würden, dass die Plakatwerbung dabei helfe, die Wahlbeteiligung zu steigern.
- Kira Lietmann fragt, ob die Listen die Stellwände vor und nach den Veranstaltungen der Universität im G-Gebäude auf- und abbauen können. Dann habe die Universität selbst keinen Mehraufwand.
- Anna Zarebski antwortet, dass das nicht möglich sei.
- Janina Beckmeier kommentiert, dass die Listen an die halbe Woche Vorlaufzeit und die Kautionskosten denken müssten, wenn sie in der Mensa Flyer auslegen wollen würden.
- Benjamin Riepegerste antwortet Nikolai Rodehutsors, dass auf die Wahl aufmerksam gemacht werden müsse. Dies funktioniere mit Plakaten und vor allem den Stellwänden besser. Er fragt zudem, ob von der Wahlleitung eine größere Veranstaltung geplant

werde, in der die Listen sich vorstellen könnten. Dies könne die fehlenden Stellwände kompensieren.

- Janina Beckmeier antwortet, dass es eine Podiumsdiskussion geben werde. Diese solle in der Woche vor der Wahl stattfinden. Nähere Informationen würden in der kommenden Woche bekannt gegeben werden.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass möglichst früh schon mit der Wahlwerbung begonnen werden müsse und nicht erst eine Woche vor der Wahl.
- Anna Zarebski antwortet, dass die Listen bereits mit der Wahlwerbung beginnen dürften.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass die Mensaauslage in der Vergangenheit während der Wahlen für die Listen umsonst gewesen sei.
- Janina Beckmeier antwortet, dass die Listen für die gesamte Dauer der Auslage lediglich 15 Euro hinterlegen müssten. Dies müsse so geregelt werden, da der Vertrag mit dem Studierendenwerk dies erfordere. Des Weiteren könne nicht unbegrenzt viel Werbung in den Mensen betrieben werden. Sollte es jedoch immense Probleme aufgrund der Kaution geben, solle sich die betreffende Liste an den AStA wenden.
- Daphne Dlugai kommentiert, dass Plakatwerbung für die Wahl von elementarer Bedeutung sei, da einige Studierende nicht über die Hochschulpolitik informiert seien. Außerdem wolle sie wissen, ob es eine Sonderausgabe des MASTA geben werde, in der sich die Listen vorstellen können.
- Janina Beckmeier bestätigt die Sonderausgabe. Jeder Liste werde eine Seite zur Verfügung gestellt und die Ausgabe werde in der Woche vor der Wahl ausliegen.
- Daniela Strotmann fragt, ob das Hauptproblem sei, dass den Listen zu wenige Stellwände zur Verfügung stehen würden.
- Anna Zarebski antwortet, dass das Hauptproblem sei, dass die Stellwände nicht aufgestellt werden dürften.
- Serdal Igrep berichtet, dass ein Informationsstand aufgebaut werden solle, an dem die Wahlzettel präsentiert und erläutert werden sollen. So sollen die Studierenden über die Wahl informiert werden. Bei der vergangenen Wahl seien viele Stimmzettel ungültig gewesen, sodass er die Erläuterung des Stimmzettels für wichtig halte.

- Anna Zarebski ergänzt, dass sie sich mehrfach mit Serdal Igrek beraten habe. Im AStA seien noch Stimmzettel der vergangenen Wahl vorhanden, die zur Erklärung zur Verfügung gestellt werden sollen.
- Benjamin Riepegerste kommentiert, dass in der Vergangenheit eine Frist gesetzt worden sei, ab wann die Listen plakatieren dürften. Er wolle wissen, ob es wirklich korrekt sei, dass die Listen bereits Wahlwerbung betreiben dürften.
- Anna Zarebski antwortet, dass sie sich zur Sicherheit erneut informieren werde.
- Aylin Yasar sagt, dass in einer der vergangenen Sitzungen die Rede von einem YouTube-Video zur Aufklärung über die Wahl gewesen sei. Sie wolle wissen, ob dieses erstellt werden solle.
- Anna Zarebski antwortet, dass die Idee stehe und dass sie im Gespräch mit einigen Personen seien, die von Bedeutung für die Umsetzung des Projekts seien. Bisher befinde sich das Projekt jedoch nur in der Planung.
- Nikolai Rodehuts Kors kommentiert, dass der Termin, ab dem Wahlwerbung betrieben werden dürfe, auf kommenden Samstag um 10 festgelegt sei. Dies sei in der Mail zur Wahlbekanntmachung aufgeführt worden.
- Stephan Lehradt erläutert, dass der Grund für diese Frist sei, dass Listen, die sich erst zusammenfinden würden, andernfalls benachteiligt werden würden. Er fragt, ob die Frist unter Umständen verschoben werden könne, um die Benachteiligung weiter zu reduzieren.
- Anna Zarebski antwortet, dass das nicht möglich sei, da diese Frist durch die Wahlordnung vorgeschrieben sei.
- Benjamin Riepegerste fragt, ob die Wahlleitung eine zusammenfassende und informierende Mail zur Wahlwerbung an die Listen versenden könne.
- Stephan Lehradt fragt, ob die Listen in diesem Jahr erneut Ermäßigungen für Drucke im AStA erhalten werden.
- Kaya Mrugalla antwortet, dass sie davon ausgehe, aber sich rückversichern und eine Mail an die Listen verschicken werde.

2.9 Sonstige Berichte

- Benjamin Riepegerste berichtet, dass der Wahlaufsichtsausschuss sich konstituiert habe. David Westermann sei zum Vorsitzenden und er zum ersten Stellvertreter gewählt worden. Der Ausschuss hoffe auf einen ruhigen Wahlverlauf.

3 DISKUSSIONSTOP: STUDENTENAUSWEISE

- Hendrik Risse berichtet, dass Sophie Allmansberger sich vor 2 Wochen an ihn gewandt habe, um einige Anregungen bezüglich des Studierendenausweises zu präsentieren. Diese würden für jedes Semester neu gedruckt werden, wodurch viel Plastik produziert werde. Sie habe sich erkundigt, welche Systeme es an anderen Universitäten gebe. Er finde es wichtig, Vorschläge von Studierenden im Studierendenparlament zu diskutieren.
- Sophie Allmansberger berichtet, dass sie gestern ein Gespräch mit dem Dezernat 6 gehabt habe. Dieses sei dafür zuständig, die Produktion der Studierendenausweise zu organisieren. Zurzeit sei es nicht sinnvoll, das System umzustellen, doch sie halte es für sinnvoll, das Projekt langfristig anzugehen. An anderen Universitäten sei es bereits seit 2006 möglich, den Studierendenausweis jedes Semester zu verlängern und nicht neu auszugeben. Des Weiteren könnten alle Funktionen auf einer Karte gespeichert werden, sodass die DeliCard und auch die CopyCard überflüssig wären. Sie wisse nicht, wie sinnvoll eine solche Umsetzung an der Universität Paderborn sei, aber dies könne diskutiert werden. ASten aus der Vergangenheit hätten sich nicht bereit erklärt, das Projekt anzugehen, da die DeliCard beispielsweise Daten über die Studierenden sammle, die durch die Bündelung in einer Karte mit den entsprechenden Studierenden in Verbindung gebracht werden könnten. Das Studierendenwerk argumentiert, dass die Daten für eine gute Einkaufsplanung unabdingbar seien. Sie sei jedoch dafür, die Karten langfristig zu kombinieren.
- Kira Lietmann kommentiert, dass die Diskussion in den vergangenen Sitzungen mehrfach entstanden sei. Jedoch habe sich das Studierendenparlament aufgrund der angeführten Problematik nicht weiter dafür eingesetzt. Auch sie halte es jedoch für unnötig, den Studierendenausweis in jedem Semester neu auszustellen. Sie finde es einfacher,

über die Verlängerung des Studierendenausweises zu diskutieren als über die Kombination aller Karten.

- Sophie Allmansberger erläutert, dass sie in den Gesprächen mit dem Dezernat 6 erfahren habe, dass die Studierendenausweise wiederabbaubar seien. Das Verfahren koste die Universität aufgrund der Werbung auf der Rückseite der Karte fast nichts. Den Ausweis jedes Semester zu verlängern und das System umzustellen werde die Universität allerdings viel Geld kosten. Demzufolge halte sie es für wichtig, dass der Ausweis diesen Mehraufwand auch Wert sei. Dies könne durch die Kombination der Karten ermöglicht werden.
- Gerrit Mauritz dankt Sophie Allmansberger, dass sie sich als Studierende einbringe. Er würde diese Idee gerne verfolgen.
- Daphne Dlugai findet es ebenfalls gut, dass Sophie Allmansberger ihre Idee derart gut vorbereitet präsentiere. Sie sehe jedoch die Problematik des Semestertickets, auch wenn diese wiederabbaubar seien. Sie glaube, dass diese nicht fachgerecht entsorgt werden würden.
- Stephan Lehradt sagt, dass er die Kartennachhaltigkeit kritisch betrachte. Er glaube, dass es einfacher sei, die DeliCard mit der CopyCard zusammenzulegen.
- Sophie Allmansberger dankt für die Ideen der Parlamentarier. Die CopyCard funktioniere wie die DeliCard über ein Chipsystem, allerdings würden die Daten auf der CopyCard nur 72 Stunden gespeichert. Die Umstellung sei ein sehr teures Verfahren, weshalb es ihr wichtig sei, möglichst viele Systeme zu verbinden, um den Mehraufwand lohnenswert zu machen.
- Kira Lietmann kommentiert, dass ein stationäres Rückmeldeverfahren zur Verlängerung der Studierendenausweise eingeführt werden könne. Dies funktioniere an anderen Universitäten sehr gut. In großen Räumen würden Automaten aufgestellt werden, an denen sich jeder Studierende um die Verlängerung kümmern könne.
- Daphne Dlugai merkt an, dass es an der Universität ein stationäres System zur Verlängerung von Karten gebe, denn die DeliCard müsse in jedem Semester verlängert werden.
- Sophie Allmansberger kommentiert, dass der Studierendenausweis auch außerhalb der Universität benötigt werde. Dort könne er jedoch nicht aktualisiert werden.

- Florian Kothe sagt, dass die Verlängerung des Studierendenausweises an seiner ehemaligen Universität kein großer zeitlicher Aufwand gewesen sei.
- Sophie Allmansberger kommentiert, dass sie sich über die Universitäten mit einem solchen System näher informieren werde.
- Daniela Strotmann merkt an, dass die Sicherheit des Systems nicht außer Acht gelassen werden solle.
- Sophie Allmansberger antwortet, dass es bereits gute Systeme gebe, sodass die Sicherheit der Chipkarten kein großes Thema sein sollte.
- Nikolai Rodehuts Kors kommentiert, dass er es gut finde, dass das Thema diskutiert werde. Man könne ebenfalls anstreben, Immatrikulationsbescheinigungen in digital zur Verfügung zu stellen, um Papier zu sparen.
- Gerrit Mauritz fasst zusammen, dass das Thema allen Parlamentariern wichtig sei, so dass dieser Standpunkt auch vor der Universität und dem Studierendenwerk deutlich gemacht werden müsse.
- Daphne Dlugai erläutert, dass es einige Universitäten gebe, die das Semesterticket an die Universitätsmailadresse verschicken würden. Sie finde, dass sich auch ein Vorgehen geeinigt werden sollte, damit das Ziel sinnvoll verfolgt werden könne.
- Kira Lietmann bestätigt, dass die Immatrikulationsbescheinigung an einigen Universitäten in digital zur Verfügung gestellt werde.
- Florian Kothe bestätigt, dass die Fachhochschule in Köln dies tue.
- Roman Patzer-Meyer sagt, dass das Präsidium ein Meinungsbild einholen wolle. Es könne ein Ausschuss eingerichtet, der AStA beauftragt oder ein Ansprechpartner gewählt werden. Auch die studentischen Senatoren könnten sich um die Angelegenheit kümmern.
- Nikolai Rodehuts Kors kommentiert, dass das Studierendenparlament sich zuerst für oder gegen die Verfolgung des Ziels aussprechen könne.
- Daniela Strotmann fragt, ob zwischen einem Ausschuss und einer Kommission unterschieden werde.
- Roman Patzer-Meyer antwortet, dass es nur Ausschüsse gebe und diese seien in beratender Funktion tätig.

Meinungsbild über die Verfolgung des Ziels von mehr Nachhaltigkeit in Bezug auf den Studierendenausweis:

Ja: 23

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Meinungsbild über das zukünftige Vorgehen:

Ausschuss bilden: 7

AStA beauftragen: 5

Ansprechperson wählen: 1

Studentische Senatoren beauftragen: 9

Die studentischen Senatoren werden beauftragt, die Angelegenheit im Senat zu diskutieren.

4 ANTRAGSTOP: AUFWANDESENTSCHÄDIGUNGEN FACHSCHAFTSWAHLLEITUNGEN

- Benjamin Riepegerste berichtet, dass er den Antrag bereits mehrfach gestellt habe, so dass die Inhalte bekannt seien. Diesmal habe er den Sitzungsausschuss und die Fachschaftsratekonferenz mit einbezogen. Er bitte darum, den Antrag anzunehmen, um die Situation für die Fachschaften zu erleichtern. Auch dem Studierendenparlament und dem AStA werde dadurch Arbeit abgenommen.
- Lars Glindkamp erläutert, dass der Sitzungsausschuss zu dem Schluss gekommen sei, dass es rechtlich kein Problem sei, dies in die Satzung aufzunehmen.
- Nikolai Rodehutsors berichtet, dass die Fachschaftsratekonferenz getagt habe, um sich damit zu befassen. Nach längerer Diskussion seien sie ebenfalls zu dem Schluss gekommen, den Antrag zu unterstützen. Ein finanzieller Anreiz könne helfen, die Arbeit zuverlässiger zu gestalten. Näher nachzulesen sei dies im vorliegenden Protokoll der Sitzung.

- Anna Nikpey fragt, was aus der Idee geworden sei, Mitglieder aus anderen Fakultäten zuzulassen.
- Benjamin Riepegerste erläutert, dass dazu das Fakultätswahlrecht geändert werden müsse.
- Daniela Strotmann fragt, wie die Aufwandsentschädigungen gezahlt werden sollen.
- Benjamin Riepegerste sagt, dass er sich vorstelle, dies analog zur Wahlleitung des Studierendenparlaments zu handhaben. Jede Wahlleitung bekomme 200 Euro und teile diese unter sich auf. Sollte es zu Konflikten kommen, gebe es Ausschüsse, die sich darum kümmern würden.
- Daniela Strotmann fragt, ob bereits über die Höhe des Betrags beraten worden sei.
- Benjamin Riepegerste erläutert, dass jeder Fakultät 200 Euro zur Verfügung stehen sollen, sodass es sich insgesamt um einen Betrag von 1000 Euro handle.
- Carsten Müller kommentiert, dass es sich dabei um eine Änderung der Finanz- und Haushaltsordnung handle, die im Justizariat genehmigt werden müsse.

Geheime Abstimmung über die Einführung von Aufwandsentschädigungen für die Fachschaftswahlleitungen:

Ja: 10

Nein: 10

Enthaltungen: 3

Der Antrag wurde nicht angenommen.

5 ANTRAGSTOP: NACHTRAGSHAUSHALTSPLAN 2017.2

- Richard Thielen berichtet, dass sich die Änderungen aus dem Beschlussblatt der Beitragsordnung ergeben würden. Der AStA-Beitrag habe sich geändert, weil dieser in der Beitragsordnung erhöht worden sei. Es seien zudem noch nicht 2 Halbreferate für das Kulturreferat eingetragen gewesen, sondern ein Vollreferat. Das Geld für den Stadtcampus sei unter einem eigenen Titel aufgeführt worden, um mehr Transparenz zu gewährleisten. Es sei außerdem eine weitere Initiative hinzugekommen und 50.000 Euro

aus den Rücklagen würden nun in die Kosten des Semestertickets investiert werden, um die Studierenden bezüglich der Erhöhungen zu unterstützen.

- Daphne Dlugai fragt, wie lange aus den Rücklagen geschöpft werden könne, da diese irgendwann verbraucht seien.
- Richard Thielen antwortet, dass er über die Verträge mit den Verkehrsbetrieben nicht im Detail informiert sei. Die Steigerung des Preises werde aber nach Erschöpfung der Rücklagen deutlicher ausfallen.
- Niels Siemensmeyer fragt, wie groß die Rücklagen für das Semesterticket seien.
- Richard Thielen antwortet, dass es sich um circa 340.000 Euro handele. Dieses Geld habe sich in den letzten Jahren angesammelt.
- Carsten Müller berichtet, dass der Haushaltsausschuss sich einstimmig für die Annahme des Nachtragshaushaltsplanes ausspreche.

Abstimmung über den Nachtragshaushaltsplan 2017.2:

Ja: 22

Nein: 0

Enthaltungen: 2

Der Nachtragshaushaltsplan 2017.2 wurde angenommen.

6 ANTRAGSTOP: ANERKENNUNG DER INITIATIVE „INDISCHE STUDENTEN GESELLSCHAFT PADERBORN“

- Sabarish Amaravadi präsentiert die Indische Studenten Gesellschaft Paderborn.
- Lars Glindkamp berichtet, dass der Satzungsausschuss die Satzung durchgearbeitet habe. Die angemerktten Änderungen seien zum großen Teil eingearbeitet worden. Allerdings seien ihm noch weitere Aspekte aufgefallen, die er ändern wolle, bevor die Satzung genehmigt werden könne. Sollten diese Änderungen übernommen werden, spreche der Satzungsausschuss sich für die Anerkennung der Initiative aus. Es handele sich beispielsweise um Rechtschreib- und Grammatikfehler in Paragraph 4 und 5. Paragraph 7.3 müsse außerdem umformuliert werden, um stärker zu verdeutlichen, welche

Aufgaben die Mitgliederversammlung übernehme. Unter Paragraph 6 müsse zudem aufgeführt werden, wie der Vorstand gewählt und abberufen werde. Ein Aspekt, über den der Satzungsausschuss diskutiert habe, sei die Frage, ab wann eine Mitgliederversammlung beschlussfähig sei. Deshalb suche der Ausschuss den Rat des Studierendenparlaments. In Paragraph 9 müsse außerdem das Wort „Verein“ in „Initiative“ geändert werden.

- Anna Nikpey merkt an, dass §6.1 und §6.6 sich sehr ähnlich seien. Außerdem könne §5.6 bezüglich der Mitgliedschaft in §4 integriert werden.
- Stephan Lehradt merkt an, dass die deutsche und die englische Satzung nicht übereinstimmen würden. Außerdem sei es unvorteilhaft, dass die Aufgaben der Mitgliederversammlung in einer geschlossenen Liste festgehalten worden seien. Er würde einen weiteren Punkt namens „Sonstige Aufgaben“ hinzufügen, unter dem weitere Angelegenheit gefasst werden könnten.
- Carsten Müller schlägt vor, die Satzung in Zusammenarbeit mit dem Satzungsausschuss erneut zu überarbeiten, da die Änderungen über redaktionelle Anmerkungen hinausgehen würden.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

7 ANTRAGSTOP: WAHL DES SCHLICHTUNGSAUSSCHUSSES

- Roman Patzer-Meyer fragt, ob es Vorschläge gebe.
- Florian Kothe schlägt Elisabeth Kirmair vor.
- Roman Patzer-Meyer merkt an, dass dieser Vorschlag nicht möglich sei, da die Personen mindestens ein Jahr lang Parlamentarier gewesen sein müssten.
- Florian Kothe schlägt Daniel Frese vor.
- Carsten Müller kommentiert, dass ihm via Mail mitgeteilt worden sei, dass Dominik Guse sich zur Wahl aufstellen lasse, wenn es nicht ausreichend Vorschläge gebe.
- David Westermann schlägt Parviz Nasiry und Hendrik Kuske vor.
- Florian Kothe schlägt Franz Köster als Vertreter von Daniel Frese vor.
- Lars Glindkamp schlägt Bastian Mühe vor.

Vorschläge:

Daniel Frese	(Franz Köster)
Dominik Guse	(Murat Johannes Önlü)
Parviz Nasiry	(Hendrik Kuske)
Julius Erdmann	(Janina da Costa Cruz)
Katharina Kelle	(Bastian Mühe)

Wahl des Schlichtungsausschusses:

Ja: 20

Nein: 0

Enthaltungen: 2

Der Satzungsausschuss wurde gewählt.

8 DISKUSSIONSTOP: EMPFEHLUNGEN ZUR HOCHSCHULWAHL

- Hendrik Risse berichtet, dass darüber diskutiert worden sei, wie Problemen in Bezug auf die Hochschulwahlen vorgebeugt werden könne. Deshalb empfehle er, §6 Absatz 4 zu ändern, sodass spätestens 9 Wochen vor der Wahl eine Wahlleitung gewählt werden müsse. Er habe sich mit Anna Zarebski unterhalten und aus dem Gespräch sei hervorgegangen, dass die Wahlleitung viel Zeit in die Einarbeitung investieren müsse. Aufgrund dessen sollte die Frist früher angesetzt werden.
- Benjamin Riepegerste sagt, dass er die Argumentation nachvollziehen könne. Dennoch glaube er, dass durch die Fristverschiebung die Problematik der Personenfindung für das Studierendenparlament verschärft werde.

- Anna Zarebski bestätigt, dass die Wahlleitung viel Zeit in die Einarbeitung investieren müsse. Zudem seien nicht in jedem Jahr Personen Teil der Wahlleitung, die bereits Erfahrung mitbringen würden. In diesem Fall würde die Wahlleitung noch mehr Zeit benötigen, um sich in den Ablauf und die Wahlordnung einzuarbeiten. Deshalb sollte zumindest die Ausschreibungsfrist deutlich nach vorne verschoben werden.
- Carsten Müller kommentiert, dass die Wahl der Wahlleitung am 29.03.2017 bereits als Tagesordnungspunkt diskutiert worden sei. Das Präsidium habe sich früh um eine Wahlleitung bemüht.
- Hendrik Risse merkt an, dass er das Präsidium nicht kritisieren wolle. Er wolle lediglich Vorschläge für die kommenden Jahre machen.
- Carsten Müller entgegnet, dass es bereits eine Frist gebe, die eingehalten worden sei. Durch das Verschieben der Frist auf 9 Wochen vor der Wahl werde nicht früher als zurzeit nach einer Wahlleitung gesucht. Stattdessen entstehe eine Drucksituation für das Studierendenparlament, weil die Wahlleitung fristgerecht gewählt werden müsse. Dadurch könnten noch mehr Probleme entstehen, sodass die Wahlen im schlimmsten Fall in den Semesterferien stattfinden müssten.
- Janina Beckmeier kritisiert, dass das grundlegende Problem sei, dass die Stellen in der Wahlleitung nicht vernünftig ausgeschrieben werden würden. Dies müsse öffentlicher geschehen. Wenn mehr Studierende die Ausschreibung wahrnehmen würden, sei es auch nicht von Bedeutung, ob die Wahlleitung 7 oder 9 Wochen vor den Hochschulwahlen gewählt werden müsse.
- Gerrit Mauritz sagt, dass die Wahlleitung gewählt würde, wenn die Frist ablaufe, denn unter Druck finde das Studierendenparlament eine Wahlleitung.
- Benjamin Riepegerste fragt, inwiefern die Wahlen der Fachschaften von der Änderung betroffen wären. Wenn die Frist für diese ebenfalls auf 9 Wochen vor der Wahl verschoben werde, sehe er kaum eine Chance, dass die Fachschaften eine Wahlleitung wählen könnten.
- Roman Patzer-Meyer antwortet, dass das Präsidium sich um eine Antwort auf die Frage kümmern werde.
- Daniela Strotmann fragt, in welcher Semesterwoche die Wahlleitung in dem Fall gewählt werden müsse.

- Carsten Müller antwortet, dass dies unterschiedlich sei, da die Wahltermine in Absprache mit der Universität festgelegt werden würden. Mal würden die Wahlen in der letzten Semesterwoche stattfinden, in anderen Jahren jedoch bereits 3 Wochen vor den Semesterferien.
- Daniel Strotmann merkt an, dass dies bedeuten würde, dass die Fachschaften sich bereits in der ersten Semesterwoche um eine Wahlleitung bemühen müssten. Sie wisse jedoch aus Erfahrung, dass Fachschaften in den Semesterferien kaum aktiv seien, sodass durch die Vorverlegung der Frist die Arbeit deutlich erschwert werden würde.
- Roman Patzer-Meyer fragt, welches weitere Vorgehen die Parlamentarier präferieren würden.
- Hendrik Risse merkt an, dass er seinen Vorschlag nach den vorgetragenen Argumenten erneut überdenken müsse. Er wolle außerdem darauf eingehen, dass mehrfach kritisiert worden sei, dass sich mehrere Personen in den vergangenen Jahren in den Wahlkabinen befunden hätten, sodass der Eindruck entstanden sei, dass die Wähler beeinflusst werden würden. In §17 Absatz der Wahlordnung sei festgehalten, dass Vertrauenspersonen als Begleitung erlaubt seien.
- Anna Zarebski kommentiert, dass auch die Wahlleitung sich bereits Gedanken über diesen Aspekt gemacht habe. Es werde in diesem Jahr immer eine Person der Wahlleitung an der Stellwand stehen und beobachten, um dies zu verhindern. Auch zwischen den Wahlkabinen würden Mitarbeiter der Universität platziert werden, um Beeinflussung zu verhindern.
- Hendrik Risse merkt an, dass die englischen Sätze auf den Stimmzetteln kenntlicher gemacht werden müssten. Nur so könne gewährleistet werden, dass auch internationale Studierende korrekt wählen könnten.

9 ANTRAGSTOP: ÄNDERUNG DER SATZUNG UND DER FSRO (ÄLTESTENRAT)

- Stephan Lehradt bittet darum, Paragraph 8 der Satzung zu ändern, da es aufgrund der aktuellen Satzung mehrfach zu Problemen komme. Er favorisiere die Einrichtung eines Ältestenrates, der durch ein Mitglied jeder Liste besetzt werden solle und schlichtende

Funktionen übernehmen solle. Zwei weitere Mitglieder solle die Fachschaftsrätekonferenz stellen. Auf diese Weise könne gewährleistet werden, dass neben den Interessen des Studierendenparlaments auch die der Fachschaften vertreten werden würden.

- Gerrit Mauritz fragt, ob die Größe des Ältestenrates davon abhängen würde, wie viele Listen in das Studierendenparlament gewählt werden würden.
- Benjamin Riepegerste kommentiert, dass er es gut finde, die Satzung zu verändern, da aus seiner Sicht Gesprächsbedarf bestehe. Er wisse jedoch nicht, ob ein Ältestenrat eine optimale Lösung darstelle. Deshalb schlage er vor, den Antrag an den Satzungsausschuss zu übergeben, sodass dieser sich die Änderungsvorschläge genau anschauen und weitere Vorschläge machen könne.
- Lars Glindkamp merkt an, dass der Satzungsausschuss diesen Antrag noch nicht überprüft habe.
- Stephan Lehradt entgegnet, dass der Antrag, die Bedingungen im Allgemeinen zu ändern, Zustimmung im Satzungsausschuss gefunden habe.
- Lars Glindkamp bestätigt, dass die Bedingung generell geändert werden können. Aber dieser konkrete Antrag noch nicht geprüft worden sei. Er bietet dennoch an, diesen Antrag im Satzungsausschuss zu prüfen.
- Stephan Lehradt stimmt zu, den Antrag durch den Satzungsausschuss prüfen zu lassen.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

10 VERSCHIEDENES

- Aylin Yasar fragt die Mitglieder der Liste Juso HSG, wie es möglich gewesen sei, zwei VIP-Tickets für das AStA-Festival zu verlosen.
- Kira Lietmann antwortet, dass jedes Mitglied der Liste eine Begleitung zum Festival mitbringen dürfe. Diesen Begleitungsplatz hätten sie verlost.
- Gerrit Mauritz bittet die Parlamentarier darum, über den Sinn der Gästelistenplätze nachzudenken. Er halte es nicht für sinnvoll, die Gästelistenplätze als Wahlwerbung zu verlosen. Deshalb wolle er ein Meinungsbild einfangen, ob es die Gästelistenplätze im Allgemeinen für Parlamentarier geben müsse.

- Janina Beckmeier kommentiert, dass diese Angelegenheit auch an den AStA herangebracht worden sei. Deshalb hätten sie sich darüber beraten und seien zu dem Schluss gekommen, dass es den geladenen Gästen selbst obliege, wie sie ihren Begleitungsplatz vergeben würden. Deshalb gebe es von Seiten des AStA keine Bedenken bezüglich der Verlosung der Plätze.
- Aylin Yasar findet es fraglich, Wahlwerbung mit diesem Begleitungsplatz zu betreiben.
- Kira Lietmann kommentiert, dass ihre Intention gewesen sei, Aufmerksamkeit zu schaffen. Die Parlamentarier würden die Gästelistenplätze bekommen, weil sie sich politisch engagieren. Aufgrund dessen hätten sie diese Plätze auch für politisches Engagement einsetzen wollen.
- Stephan Lehradt merkt an, dass die Idee hinter der Vergabe von Gästelistenplätzen an die Parlamentarier ein Dankeschön für die Arbeit im Studierendenparlament sei. Für ihn sei es damit ebenfalls nicht vertretbar, die Tickets für Wahlwerbung zu verwenden. Außerdem handele es sich für ihn nicht um politisches Engagement, wenn Plätze für eine Spaßveranstaltung verlost werden würden.
- Gerrit Mauritz fragt den AStA, aus welchem Grund dieser den Parlamentariern die Gästelistenplätze mit Begleitung zur Verfügung stellt.
- Janina Beckmeier antwortet, dass die Parlamentarier dies so gewollt hätten. Zuerst habe es nur für die Parlamentarier Gästelistenplätze gegeben, aber diese hätten den betreffenden Referenten so häufig gefragt, bis auch eine Begleitung zugelassen worden sei. Eine moralische Angelegenheit, die ihrer Meinung nach ebenfalls Beachtung finden sollte, ist, dass Parlamentarier, die sich zu jeder Sitzung vertreten lassen, aktuell zwei Gästelistenplätze bekommen würden. Es sei sinnvoller, diese Plätze Personen zuzuteilen, die aktiv an den Sitzungen teilnehmen würden.
- Aylin Yasar schlägt vor, den Listen jeweils 3 Gästelistenplätze mit Begleitung zur Verfügung zu stellen. Sollten diese nicht genutzt werden, sei es möglich, die übrigen Plätze zu verlosen.
- Janina Beckmeier antwortet, dass der Vorschlag für den AStA nicht umsetzbar sei, so dass sie vermute, dass auch die kommenden ASten darauf nicht eingehen werden. Es

gebe nur 500 Plätze für den VIP-Empfang, die vorrangig an Personen wie den Bürgermeister vergeben werden müssen. Aufgrund dessen könnten den Listen nicht noch mehr Gästelistenplätze zugesprochen werden.

- Daphne Dlugai sagt, dass sie es für einen schönen Luxus halte, dass Parlamentarier einen Gästelistenplatz erhalten würden – unabhängig davon, ob dieser verdient sei. Des Weiteren wolle sie wissen – ohne dies wertend zu meinen – wie die Universal im vergangenen Jahr Tickets habe verlosen können. Sie frage sich, woher diese Tickets gekommen seien.
- Sophia Thies kommentiert, dass sie sich erkundigen könne, aber in die Organisation nicht involviert gewesen sei. Sie hätten die Gästelistenplätze jedoch selbst verwendet, da sie diese benötigen würden, um die Interviews auf dem Festivalgelände zu führen.
- Janina Beckmeier vermutet, dass die Universal die Tickets käuflich erworben habe. Die Initiative MTP habe dies in diesem Jahr ebenfalls gemacht, um die Tickets verlosen zu können.
- Benjamin Riepegerste findet es nicht verwerflich, Tickets zu verlosen. Er spricht sich jedoch für mehr Transparenz bezüglich der Herkunft der Tickets aus. Auf diese Weise könnten Diskussionen vermieden werden. Dennoch halte er die Aussage, dass die Juso HSG politisches Engagement habe fördern wollen, für grenzwertig. Für ihn stelle es kein politisches Engagement dar, eine Seite zu liken. Dies sei jedoch die Bedingung gewesen, um an der Verlosung der Plätze teilzunehmen.
- David Westermann fragt, warum die Parlamentarier, die sich an der Aktion gestört hätten, sich nicht bei ihnen gemeldet hätten. Es habe zu jeder Zeit die Möglichkeit bestanden, doch nur Gerrit Mauritz habe das gemacht. Die Teilnahmebedingung für das Gewinnspiel sei festgelegt worden, da es eine Hürde geben müsse, um an einem Gewinnspiel teilzunehmen. Sie hätten auch eine Frage beantworten lassen können, aber dann hätten sie sehr viele Antworten durchschauen müssen. Dies hätte einen größeren organisatorischen Aufwand dargestellt. Außerdem sei angesprochen worden, dass die Verlosung der Tickets moralisch verwerflich sei. Er habe sich die Einladung von Dominik Nösner erneut angeschaut. In dieser sei nicht formuliert worden, dass die Gästelistenplätze als Dankeschön für die Arbeit oder für einen anderen Zweck vergeben worden seien. Er finde es eher moralisch verwerflich, dass Parlamentarier für ihre Teilnahme an

den Sitzungen des Studierendenparlaments Gästelistenplätze bekommen würden, wohingegen Fachschaften, die deutlich mehr Arbeit investieren müssten, nur sehr wenige Gästelistenplätze bekommen würden. Des Weiteren seien Parlamentarier gewählte Vertreter der Studierendenschaft. Er habe von keinem Studierenden – außer von Parlamentariern – gehört, dass die Verlosung unmoralisch gewesen sei. Stattdessen hätten sie Studierenden noch eine Chance gegeben, am Festival teilzunehmen. Des Weiteren hätte er sich im Voraus beim AStA erkundigt, ob die Verlosung der Plätze in Ordnung sei. Diese Möglichkeit hätte auch jede andere Liste nutzen können.

- Gerrit Mauritz erläutert, dass er Dominik Nösner nach der Herkunft der Plätze gefragt habe, bevor er sich bei der Liste erkundigt habe. Dominik Nösner habe ihm geantwortet, dass er nicht wisse, wie die Liste Gästelistenplätze verlosen könne. Er spreche sich nicht gegen das Gewinnspiel aus, er wolle lediglich ein Bewusstsein dafür schaffen, warum den Parlamentariern Gästelistenplätze zur Verfügung stehen würden. Er wolle zudem vom AStA wissen, was mit Gästelistenplätzen geschehe, wenn Personen mitteilen würden, dass sie diese nicht in Anspruch nehmen würden.
- Janina Beckmeier antwortet, dass diese Plätze verfallen würden. In Bezug auf Dominik Nösners Unwissenheit könne sie sagen, dass die Verlosung mit ihr als AStA-Vorsitzende abgesprochen worden sei. Deshalb sei es nicht zwingend gewesen, dass Dominik Nösner darüber informiert sei. Mittlerweile wisse er jedoch auch, dass dieses Gewinnspiel existiert habe und auch für ihn stelle das kein Problem dar.
- Gülcan Güngör halte die Verlosung von Tickets im Allgemeinen für nicht korrekt. Auch wenn eine Liste diese käuflich erwerben würde, finde sie es problematisch, denn Listen mit größerem Budget könnten sich mehr Tickets leisten.
- Benjamin Riepegerste merkt an, dass er sich nicht bei der Liste gemeldet habe, weil er nach einigen Gedanken zu dem Schluss gekommen sei, dass es sich um die Begleitungsplätze der Gästelistenplätze handeln müsse. Es sei auch nicht als Kritik an der Verlosung gemeint gewesen. Er wolle lediglich vermeiden, dass Diskussionen entstehen. Aufgrund dessen sollte die Situation für die Zukunft geklärt werden.
- Janina Beckmeier merkt an, dass jeder Liste die Möglichkeit offenstehe, die Gästelistenplätze zu verlosen. Zudem habe die Liste Juso HSG dies nicht zum ersten Mal gemacht und in den vergangenen Jahren habe es keine Diskussionen darüber gegeben.

- Gerrit Mauritz kommentiert, dass er das Vorgehen innerhalb des AStAs bedenklich finde. In vielen Angelegenheiten antworte Janina Beckmeier, dass sie das nicht allein entscheiden könne, sondern mit ihrem Team besprechen müsse. Diese Angelegenheit habe sie jedoch als AStA-Vorsitzende entschieden, ohne dass Dominik Nösner als Referent darüber informiert worden sei.
- David Westermann sagt, dass er Gülcan Güngörs Argument, dass Listen mit größerem Budget sich einen Vorteil verschaffen könnten, nicht nachvollziehen könne. Listen, denen ein größeres Budget zur Verfügung stehe, hätten immer einen Vorteil anderen gegenüber.

Carsten Müller schließt die Sitzung um 17:26 Uhr.

11 ANWESENDE PARLAMENTARIER/INNEN UND GÄSTE

11.1 Parlamentarier/innen

Name	Vorname	Liste	Von	Bis
Müller	Carsten	RCDS	14:00	17:26
Patzer-Meyer	Roman	Die LISTE	14:00	17:26
Bienkowski	Dennis	EPI	14:00	17:26
Lietmann	Kira	Juso HSG	14:00	17:26
Risse	Hendrik	EPI	14:00	17:18
Riepegerste	Benjamin	SAI	14:00	17:26
Wattjes	Jann	SAI	14:00	17:26
Leyva	Manuel	SDS	14:00	17:00
Amaravadi	Sabarish Kumar	SDS	14:00	17:00
Nikpey	Anna	EPI	14:00	17:26
Yasar	Aylin	IVP	14:00	17:26
Güngör	Gülcan	IVP	14:00	17:26
Tanriverdi	Ugur	IVP	14:00	17:26
Siemensmeyer	Niels	RCDS	14:00	16:00
Schröder	Niklas	RCDS	14:00	17:26

Saatz	Jannick	CG feat. PMG	14:00	17:26
Lehradt	Stephan	LHG	14:00	17:26
Glindkamp	Lars	CG feat. PMG	14:00	17:22
Strotmann	Daniela	Die LISTE	14:14	17:18
Dlugai	Daphne	CG feat. PMG	14:14	17:26
Mauritz	Gerrit	EPI	14:15	17:26
Özaslan	Suzan	SDS	14:15	15:30
Sen	Ömer	IVP	14:15	17:26
Kothe	Florian	RCDS	15:07	17:26
Westermann	David	Juso HSG	15:15	17:26

11.2 Gäste

Name	Vorname	Von	Bis
Allmannsberger	Sophie	14:00	17:26
Rodehuts Kors	Nikolai	14:00	15:55
Devarajan	Anand	14:00	17:26
Thies	Sophia	14:00	17:26
Zarebski	Anna	14:00	17:00
Igrek	Serdal	14:15	17:26
Thielen	Richard	14:15	16:00
Beckmeier	Janina	14:15	17:21
Mrugalla	Kaya	14:15	16:00
Kelle	Katharina	16:40	17:00